

Rede
Kiel, 22.08.2012

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeswassergesetzes

Die Ankündigung seinerzeit von der schwarz-gelben Koalition eine Küstenschutzabgabe in Schleswig-Holstein einzuführen, hat zu Recht für Irritation und Verärgerung bei den Menschen im Land gesorgt. Nun kann man natürlich sagen, jeder der für eine Abgabe herangezogen werden soll, wird sich darüber Ärgern. Aber darum geht es hierbei nicht! CDU und FDP haben mit der angekündigten Küstenschutzabgabe einen Kurs eingeschlagen, den es hier im Land noch nie in der Form gegeben hat. Gegen Innovation ist ja im Prinzip nichts einzuwenden. Aber was die schwarz-gelbe Koalition mit der Küstenschutzabgabe verzapft hat war bisher nie da gewesen. CDU und FDP sind vom solidarischen Pfand beim Küstenschutz abgewichen und wollten der gemeinschaftlichen Aufgabe Küstenschutz eine Abfuhr erteilen. Die Küstenbewohner und die Bewohner der Betroffenen Regionen sollten mit den Auswirkungen des Klimawandels allein gelassen werden. Der Klimawandel ist aber von allen Menschen in den Industrieländern verursacht, nicht nur von den Menschen in den Küstenzonen. Deshalb dürfen diese nicht mit einer Sonderabgabe belegt werden. CDU und FDP haben mit ihrem damaligen Plan eine Büchse der Pandora geöffnet, die besser geschlossen bleibt, denn mit der gleichen Logik kann man die Anwohner von allen anderen natürlichen und menschengeschaffenen Risiken mit Abgaben belegen. Dies hat mit unserer Vorstellung einer solidarischen Gesellschaft nichts zu tun.

Gebetmühlenartig wurde von der damaligen Koalition auf die Haushaltslage hingewiesen und die Notwendigkeit der Konsolidierung - was ja auch richtig ist. Die Frage ist aber, wie konsolidiere ich den Haushalt und wen belaste ich in welcher Form. Hier gibt es keine „Alternativlosigkeit“. Aus diesem Grund gab es für den SSW in der Sache keinen Zweifel, der Haushalt muss anders konsolidiert werden. Denn der Küstenschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und ist nicht Aufgabe allein der Küstenbewohner.

Auch wir wollen die Schuldenbremse einhalten, aber die leichteste Lösung ist nicht immer die beste, entscheidend ist, dass am Ende des Sparkurses nicht nur ein finanziell gesundes Land steht, sondern auch ein solidarisches Schleswig-Holstein.

Wir wissen, dass die FDP nicht bis zum Schluss hinter der Küstenschutzabgabe stand, weil Erlös und Aufwand nicht im Verhältnis stehen. Bevor wir die FDP für ihre Blockadehaltung nun zu sehr loben, stelle ich die Frage, wie hätte sie sich wohl verhalten, wenn die Kosten-Nutzen-Rechnung anders ausgefallen wäre? Unterm Strich halte ich jedoch fest: Es ist ein Märchen, dass die Küstenschutzabgabe zur Haushaltskonsolidierung beigetragen hätte. Und der Küstenschutz ist und bleibt eine Aufgabe aller. Wir freuen uns auf die Ausschussberatungen zum vorliegenden FDP Antrag.